



Eurodistrict
PAMINA



Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur
Herrn Alexander Dobrindt
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Offenburg, 31. März 2017

Erstes Gesetz zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die vier Eurodistrikte am Oberrhein – der Eurodistrikt Strassbourg-Ortenau, der Eurodistrict Region Freiburg/Centre et Sud Alsace, der Trinationale Eurodistrict Basel sowie der Eurodistrikt PAMINA – wurden gegründet mit dem Ziel, grenzüberschreitende Lebens- und Wirtschaftsräume zu schaffen, in denen Grenzen im Alltag keine Hindernisse darstellen. Gemeinsam decken wir ein Gebiet mit fast 5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern ab und setzen uns dafür ein, ihre grenzüberschreitende Mobilität zu vereinfachen, ungeachtet ihres Wohnsitzes auf französischem, schweizerischem oder deutschem Boden.

Eine nachhaltig finanzierte, leistungsfähige Infrastruktur zählt auch zu unseren Zielen im Rahmen der grenzüberschreitenden Mobilität. Die Einführung einer Infrastrukturabgabe auf deutschen Straßen in ihrer jetzigen Form können wir jedoch nicht unterstützen. Die sogenannten Mautgesetze widersprechen aus unserer Sicht dem europäischen Gedanken und sind für die Bürgerinnen und Bürger der Eurodistrikte weder fair noch gerecht.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Mehrkosten aus der Einführung einer Infrastrukturabgabe nur für Halterinnen und Halter von in Deutschland zugelassenen PKWs weitgehend über die Reduzierung der Kfz-Steuer zu kompensieren. Dies ist eine Diskriminierung unserer Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Frankreich und der Schweiz, insbesondere der zahlreichen Berufspendler. Allein 25.000 Menschen aus Frankreich pendeln täglich nach Deutschland in unsere Gebiete ein und wären im Gegensatz zu ihren in Deutschland wohnhaften Kolleginnen und Kollegen von der vollen Abgabe betroffen. Eine solche Ungleichbehandlung steht sowohl dem europäischen Diskriminierungsverbot entgegen als auch dem Bestreben nach der Identifizierung der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Eurodistrikt.

Die Eurodistrikte setzen sich mit vielfältigen Maßnahmen für einen funktionierenden und ausgeglichenen grenzüberschreitenden Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein, beispielsweise durch Aktionen zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit im Elsass einerseits und des zunehmenden Fachkräftemangels in Deutschland andererseits. Bei jungen Menschen mit beschränkten finanziellen Mitteln haben zusätzliche Mobilitätskosten eine abschreckende Wirkung. Gerade sie sollten jedoch ermuntert werden, den Schritt über den Rhein zu wagen und Europa vor Ort zu leben, denn sie sind unsere gemeinsame europäische Zukunft. Zudem verschlechtert der Aufbau von bürokratischen und finanziellen Hindernissen die Chancen deutscher Unternehmen, ihren wachsenden Fachkräftebedarf im angrenzenden Ausland zu decken.

In einer Region, in der die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt werden sollten, wird die Infrastrukturabgabe von der französischen Bevölkerung wie ein „Wegzoll“ oder „Eintrittsgeld für Deutschland“ empfunden und voraussichtlich den Grenzverkehr bremsen. Insbesondere Geringverdienende, die sich kein von den Mautgesetzen bevorzugtes Fahrzeug leisten können, werden benachteiligt. Außerdem ist abzusehen, dass Durchreisende aus anderen Ländern zusätzlich die französischen Straßen, auf denen in Grenznähe keine Maut erhoben wird, belasten werden – mit erheblichen Auswirkungen auf die grenzüberschreitenden Beziehungen.

Auch für den Bereich Tourismus sind erhebliche Nachteile für die deutschen Urlaubs- und Ausflugsziele zu erwarten. An den Oberrhein kommen jährlich über 10 Millionen Touristen, davon ein Viertel aus anderen Ländern als Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Eine Infrastrukturabgabe schränkt nicht nur erheblich

den Tagestourismus innerhalb der Region ein, sondern beeinflusst potentiell auch die Wahl der Ausflugsziele von Touristen aus aller Welt.

Gerade in Zeiten, in denen die europäische Idee von vielen Seiten in Frage gestellt wird, zieht die Mautabgabe nicht nur negative Folgen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Ausbildung und Tourismus für die Grenzräume nach sich, sondern setzt auch ein falsches Signal. So werden neue Hürden und administrative Grenzen gezogen, wo die europäische Integration im Alltag erleichtert und gefördert werden soll. Zweck der Eurodistrikte, die auf Initiative der von der deutschen und der französischen Regierung ins Leben gerufen wurden, ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Ausbau der grenzüberschreitenden Verbindungen. Zudem stellt sich, wie auch das Europäische Parlament bemängelt, die Frage der Rechtmäßigkeit einer Abgabe, die eine Diskriminierung aufgrund des Wohnsitzes vorsieht.

Wir möchten Sie bitten, die Besonderheiten am Oberrhein und die erheblichen negativen Auswirkungen der Infrastrukturabgabe wie sie in ihrer jetzigen Form für den Grenzbereich zu erwarten sind, zu berücksichtigen. Es ist aus Sicht der Eurodistrikte unerlässlich, dass in grenzüberschreitenden Gebieten der Eurodistrikte mautfreie Zonen oder andere wirksame Ausnahmetatbestände geschaffen werden, um die sehr guten und engen grenzüberschreitenden Beziehungen zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Scherer
Präsident des Eurodistrikts
Strasbourg-Ortenau



Rémi Bertrand
Präsident des Eurodistrikts
PAMINA

Schreiben ergeht nachrichtlich an:

Malu Dreyer, Bundesratspräsidentin und Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen Rheinland-Pfalz